

Die Rolle der Presse in der kommunalen und kantonalen Politik : Tatsachen, Hypothesen und Ungewissheiten

Autor(en): **Bollinger, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **18 (1978)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE ROLLE DER PRESSE IN DER KOMMUNALEN UND KANTONALEN POLITIK

Tatsachen, Hypothesen und Ungewissheiten

von Ernst Bollinger

Dr. ès sciences économiques, Genève

Die Schweizer Tages- und Wochenpresse ist grundsätzlich eine *regionale* Presse. Nur wenige Zeitungen haben eine überregionale Verbreitung und kennen eine verhältnismässig starke Leserschaft in anderen Kantonen, und auch diese legen fast ohne Ausnahme ihr Schwergewicht auf die lokale, regionale und kantonale Berichterstattung.

Diese Feststellung kann schon rein quantitativ belegt werden: die durchschnittliche Tageszeitung widmet der regionalen und lokalen Information doppelt so viele Seiten als dem Inland oder dem Ausland.

Die verschiedenen Landessprachen haben das Aufkommen einer nationalen Presse, wie sie in anderen europäischen Ländern besteht, schon immer verhindert. Aber auch in den einzelnen Sprachräumen sind überregionale Zeitungen selten. Gesamthaft betrachtet widerspiegelt die Struktur der Schweizer Presse jene unseres föderalistischen Staatssystems, der direkten Demokratie und der kulturellen Vielfalt.¹

I. Die regionale Verwurzelung

Obschon sich die Rolle der Informationspresse im Laufe der letzten Jahrzehnte gewandelt hat, ist die enge Verbindung der Zeitungen mit ihrem Erscheinungsort und dessen Umgebung geblieben. Waren die Blätter im 19. Jahrhundert vornehmlich parteipolitisch oder gesinnungsmässig gebunden, so haben viele von ihnen die Beziehungen zu Parteien oder zu Kirchen (die konfessionelle Presse hat

1 Vgl. Andreas Thommen, *Die Schweizer Presse in der modernen Gesellschaft*, Zürich 1967; Josef Jäger, *Das Bild der Schweizer Presse*, Bern 1967; Ernst Bollinger, *La presse suisse, structure et diversité*, Berne, 1976.

seinerzeit eine entscheidende Rolle gespielt) weitgehend gelockert. Später gegründete und neu hinzugekommene Tageszeitungen unterstrichen schon im Untertitel ihre „Unabhängigkeit“. Diese Entwicklung erfolgte allerdings unter wirtschaftlichem Druck, da sich die Zeitungen mit steigenden Produktionskosten nicht mit einem zahlenmässig begrenzten Leserpublikum begnügen konnten, sondern neue Schichten erreichen mussten, um ihre Verkaufsauflage steigern zu können.

Wohl hat eine ganze Anzahl von Zeitungen ihre bürgerliche Tendenz mehr oder weniger behalten, gleichzeitig aber ihre Sparten anders gesinnter Kreise geöffnet und in ihrem Absatzgebiet eine grössere Leserdichte erreicht. Damit sind sie auch für die Werbung interessanter geworden und haben finanziell Nutzen daraus gezogen.

Nachdem grössere Tageszeitungen in den fünfziger und sechziger Jahren einen starken Aufwärtstrend entwickelten und in Nachbargebiete und -kantone vorstiessen,² hat die wirtschaftliche Rezession der siebziger Jahre und der damit verbundene Inseratenrückgang eine Neuorientierung auf den regional beschränkten Raum aufgezwungen.

Es sind also vorwiegend wirtschaftliche Gründe, welche die heutige Presse in geographisch begrenzte Absatzräume drängen. Der Konkurrenzkampf verschärft sich als logische Folge im kleinen Raum, wobei auflageschwächere Lokalblätter und parteigebundene oder konfessionelle Zeitungen besonders gefährdet sind.

Während die Gesamtauflage der Schweizer Presse – vor allem der Tagespresse – stets zugenommen hat, ist die Zahl der Zeitungstitel in den vergangenen dreissig Jahren regelmässig zurückgegangen. Die gegenwärtige Pressestatistik verbirgt das zunehmende Verschwinden selbständiger Blätter, die zwar weiterbestehen, aber nur noch in Form von Kopfblättern grösserer Zeitungen mit lediglich einer Lokalredaktion.

II. Dominierende Zeitungen

Konzentrationsentwicklungen haben in verschiedenen Regionen zu vorherrschenden Stellungen geführt. Über deren Gefahren und die möglichen negativen Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und -vielfalt ist viel diskutiert und geschrieben worden; eingehende Untersuchungen und Analysen fehlen jedoch, von

2 Charakteristisch für diese Periode war, wie verschiedene grössere Tageszeitungen ihre Herkunftsbezeichnung aus dem Titel strichen, um den regionalen Hemmschuh loszuwerden. So wurde der „Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich“ kurz „Tages-Anzeiger“, die „Emmentaler Nachrichten“ wurden „Tages-Nachrichten“, das „Emmentaler Blatt“ taufte sich in „Berner Zeitung“ um, das „Feuille d’Avis de Lausanne“ änderte seinen Namen in „24 Heures“ und die „Tribune de Lausanne“ verwandelte sich in „Tribune-Le Matin“.

wenigen Ausnahmen abgesehen.³ Im allgemeinen können wir feststellen, dass das Aufkommen dominierender Stellungen von Tageszeitungen folgende Auswirkungen mit sich bringen kann:

- Eine oder mehrere Tageszeitungen aus einer Nachbarregion oder einem anderen Kanton versuchen, in das betreffende Gebiet einzudringen (Beispiele: im Wallis: „Tribune-Le Matin“ aus Lausanne, „La Suisse“ aus Genf; in Gebieten mit dominierenden Tageszeitungen der Nord- und Ostschweiz: der „Tages-Anzeiger“ aus Zürich).
- Oppositionelle Kreise gründen eine „Gegenzeitung“ (Beispiele: im Wallis: „Journal du Valais“, 1978; im Raume Biel: die Gratis-Wochenzeitung „Biel-Bienne“, 1978; in den Kantonen Glarus und Graubünden und dem Oberwallis: alternative Monatszeitungen).
- Die dominierende Tageszeitung widerspiegelt die öffentliche Meinung und identifiziert sich mit den vorherrschenden Kräften in einer Weise, die jede Konkurrenzinformation über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt.

Dem Eindringen anderer Zeitungen ist ein gewisser, wenn auch eher bescheidener Erfolg nicht abzuspüren, aber er beschränkt sich in der Regel auf Gebiete, die von einer politisch oder konfessionell gebundenen Zeitung beherrscht wird. Letztere kann sich aber einen zu starken Absatz auswertiger Zeitungen in ihrem Kanton oder Verbreitungsgebiet nicht leisten und reagiert darauf mit einer gewissen redaktionellen Öffnung, um andersdenkende oder oppositionelle Bevölkerungsschichten für sich zu gewinnen oder wenigstens den Verlust auf ein Minimum zu vermindern. Dieser Fall tritt jedoch selten auf, da entweder die engagierte Zeitung sich mit der grossen Mehrheit der (politisch und kulturell verhältnismässig homogenen) Bevölkerung identifiziert oder aber beizeiten die parteipolitischen oder anderen Bindungen lockert und anders orientierten Zeitungen somit keine grosse Chancen bietet.

Sogenannte alternative Zeitungen haben immer einen schweren Stand, da sie meistens inseratenfrei sind und ihre Kosten ausschliesslich durch den Verkaufserlös und freiwillige Spenden decken müssen. Ihre Auflage ist beschränkt, weil sie nur ein- oder zweimal monatlich erscheinen, oft politisch extrem orientiert sind und deshalb nur von einer kleinen Minderheit gelesen werden. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass solche Veröffentlichungen einen Einfluss auf die Informationspolitik dominierender Tageszeitungen ausüben, vor allem bei der Aufdeckung politischer Affären oder Finanzskandalen, welche die traditionelle Presse ohne das Vorhandensein alternativer Zeitungen möglicherweise verschweigen würde.

³ Die Schweizerische Kartellkommission hat zwei Berichte veröffentlicht: *Pressekonzentration*, 1969; *Konzentration im schweizerischen Pressewesen* (Zusatzbericht), 1974. In *La presse suisse, structure et diversité*, 1976, habe ich den Zusammenhang zwischen Konzentration und Vielfalt näher untersucht.

Das Verhältnis dominierender Tageszeitungen zu den politischen Entscheidungsorganen und der öffentlichen Meinung könnte viel Stoff für interessante Untersuchungen liefern. Leider beschränken sich diese auf ganz wenige – meist unveröffentlichte – Seminararbeiten von Studenten, die überdies eher die Entwicklung der betreffenden Zeitungen oder das Kräfteverhältnis zwischen Presse und Parteien analysieren.⁴

Wir müssen deshalb unsere Feststellungen und Hypothesen auf Hinweise in verschiedenen Artikeln, eigene Untersuchungen und Erfahrungen sowie eine Umfrage bei Chefredaktoren und Verlegern wichtiger Zeitungen gründen.

III. Rolle, Einfluss und Meinungsspielraum

Unbestritten ist die Tatsache, dass die geschriebene Presse bis auf weiteres die wichtigste und ausführlichste Informationsquelle des Bürgers für regionale und kantonale Politik darstellt. Die Meinungsäußerungen fallen jedoch vorsichtiger aus, wenn das Problem der Einflussnahme angeschnitten wird. Obschon ganz allgemein der Einfluss vorherrschender Zeitungen stärker als jener sich gegenseitig konkurrenzierender Blätter eingeschätzt wird, ist die sogenannte Meinungsbildung während langer Zeit eher überschätzt worden. Dominierende Zeitungen mit einer hohen Streudichte widerspiegeln eher die vorherrschenden Meinungen, als dass sie Meinungen bildeten. Ohne Ausnahme sympathisieren sie in ihren Gebieten oder Kantonen mit der allgemeinen Regierungspolitik, wobei sie sich aber oft um ein einigermaßen ausgewogenes Meinungsspektrum bemühen und Kritik an der Regierungspolitik einen gewissen Platz einräumen. Je stärker die regionale oder kantonale Fast-Monopolstellung einer Zeitung ist, desto mehr lässt sich die Tendenz zur Veröffentlichung anderer Meinungen feststellen. Es scheint, dass sich die dominierende Zeitung ihrer Verantwortung als wichtigstes, wenn nicht alleiniges Informationsmittel durchaus bewusst ist und sich entsprechend offen verhält. Man darf aber auch den einkalkulierten wirtschaftlichen Nutzen, der sich aus der liberalen Informationspolitik ergibt, nicht übersehen.

Hingegen vermeiden diese gleichen Zeitungen extreme Stellungnahmen oder Kommentare, die im Gegensatz zur vorherrschenden öffentlichen Meinung stehen würden. Sie bemühen sich, den Abstand zum politischen Schwerpunkt ihrer Leserschaft in den Eigenkommentaren möglichst kurz zu halten. Zu grosse redaktionelle Abweichungen vom publizistischen Grundkonzept erweisen sich als

4 Drei interessante Veröffentlichungen zu diesem Thema können erwähnt werden:

Balz C. Hosang, *Parteien und Presse: Ein Beitrag zum Problem der Meinungsbildung durch die politische Presse im Kanton Zürich*, Bern 1974; Eduard Joos, *Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen*, Schaffhausen 1975; Roland Burkhard, *Die Tessiner Presse – eine publizistikwissenschaftliche Struktur- und Problemanalyse*, Zürich 1977.

Fehler, schaden der Glaubwürdigkeit der Zeitung und können finanzielle Folgen und Leserschwund nach sich ziehen.⁵

Zeitungen, deren traditionelle politische Grundhaltung mit jener einflussreicher politischer Familien übereinstimmen, sind trotz zunehmender Distanz und redaktionellem Unabhängigkeitsstreben in ihrem Meinungsspielraum eingeschränkt und kommen bei zu grossen Abweichungen unter Druck. Einige Tageszeitungen, deren Nonkonformismus die tolerierte Grenzlinie überschritten, haben diese Erfahrung machen müssen und sind durch entsprechende Sanktionen auf ihren früheren Kurs zurückgebracht worden.⁶

IV. Presse, Parlament und Parteien

Die Beziehungen der politisch mehr oder weniger engagierten Presse mit der aktiven Politik sind im allgemeinen immer noch sehr eng. Allein im National- und Ständerat sitzen rund zwanzig Journalisten, wovon die Hälfte Chef- oder Inlandredaktoren von Tageszeitungen sind. Dazu kommen einige Verwaltungsratsmitglieder von Zeitungen freisinniger oder katholischer Richtung. Parteimässig sind die Freisinnigen und die Christlich-Demokraten am besten vertreten, gefolgt von der Schweizerischen Volkspartei und den Liberaldemokraten.

Noch zahlreicher sind die parteigebundenen Journalisten in Kantons- und Gemeinderäten anzutreffen, wobei wiederum dieselben bürgerlichen Parteien die Mehrheit bilden.

Die Ansichten von National- und Ständerats-Redaktoren, die auf die Frage der Meinungsbildung auf kantonaler Ebene angesprochen wurden, bestätigten einige unserer Hypothesen: In Kantonen mit einer Mehrheitspartei (d. h. praktisch gleichwertig mit der Christlich-demokratischen Volkspartei) identifiziert sich die dominierende oder wichtigste Zeitung weitgehend mit den Stellungnahmen und den Parteiparolen, wenn auch abweichende Meinungen zum Teil veröffentlicht werden. Diese eher einseitige Haltung entspricht ebenfalls der

5 1976 verzichtete der „Tages-Anzeiger“ unter zunehmenden Druck aus der Leserschaft auf eine weitere Mitarbeit von Niklaus Meienberg, da es „immer schwieriger“ wurde, seine Artikel „mit der publizistischen Grundhaltung in Übereinkunft zu bringen“ . . . Der „Tages-Anzeiger“ schrieb am 15. September 1976: „Die Frage nach der Glaubwürdigkeit unserer Zeitung und der Verantwortung gegenüber unseren Lesern bringt uns heute dazu, auf eine weitere gelegentliche Mitarbeit zu verzichten.“

Die Sonntagsausgabe der Lausanner „Tribune-Le Matin“ („Tribune-Dimanche“) hat 1977 zwei regelmässige humoristische Seiten aufgegeben, da deren oppositioneller Inhalt den „kritisch bürgerlichen“ Rahmen der Zeitung allzu stark sprengte, ihr einen „links-oppositionellen“ Ruf einbrachte, was sich in einem Leserschwund und Verkaufsrückgang niederschlug.

6 Markante „linksliberale“ Kursänderungen, die unter wirtschaftlich-politischem Druck rückgängig gemacht wurden, verzeichneten anfangs der siebziger Jahre das „Badener Tagblatt“, das „St. Galler Tagblatt“ und die „National-Zeitung“, sowie das Gratisblatt „Züri-Leu“.

politischen Orientierung der Leserschaft, welche der politischen Mehrheit entspricht. In Kantonen, wo zwar eine wichtige Partei (in der Regel die Freisinnig-Demokratische Partei) regiert, deren Stärke aber durch andere Parteien relativiert wird, bemüht sich die dominierende Zeitung (meist freisinniger Richtung) um Einhaltung einer angemessenen Distanz zur Partei (sie nennt sich in der Regel „parteiunabhängig“) und einer grösseren Öffnung gegenüber anderen Parteien und Meinungen. Damit spricht sie gleichzeitig eine grössere Bevölkerung an, die sich nicht unbedingt mit der allgemeinen Tendenz der Zeitung identifiziert, ihr aber wegen der Qualität der Berichterstattung und der befolgten politischen Breite treu bleibt.

Es würde hier zu weit führen, einzelne Kantone oder Regionen aus diesem Winkel heraus zu analysieren. Wir sehen aber in dieser offeneren Haltung bürgerlicher Zeitungen einen der Gründe, weshalb die sozialistische (und teilweise auch die christlich-demokratische) Presse Mühe hat, sich in solchen Gebieten zu behaupten.

V. Presse und Behörden

Ein weiteres interessantes Merkmal schimmert durch die Antworten verschiedener Zeitungen auf unsere Frage in bezug auf die Rolle und den Einfluss auf kantonale Angelegenheiten: Inland- und Kantonsredaktoren dominierender Blätter veröffentlichen bisweilen Kommentare zu politischen Ereignissen oder vor wichtigen behördlichen Entscheidungen, um einen gewissen Einfluss auf Regierungsräte auszuüben oder diese zu Reaktionen zu veranlassen. Je stärker die Stellung einer Zeitung ist, desto mehr kann sie sich derartige Kommentare leisten. Je markanter die Persönlichkeit des Redaktors ist, desto mehr werden seinen Äusserungen die gezielte Wirkung zugeschrieben. Es ist allerdings fraglich, ob und wie weit das beabsichtigte Ziel jeweils erreicht wird. Die im allgemeinen eher gouvernementale Grundhaltung der Redaktoren kantonaler Politik schiebt ausserdem solchen gelenkten Kommentaren einen ziemlich wirksamen Riegel vor.

Im Gegensatz zu früher ist die (relative) politische Wirksamkeit nicht mehr auf die sogenannte Elitepresse beschränkt, sondern kann von irgendwelchen, auch Boulevardzeitungen, ausgehen, sofern diese im betreffenden Kanton eine wichtige Position einnehmen und auf redaktioneller Ebene meinungsführende Persönlichkeit besitzen. Neuerdings finden wir in dieser Kategorie auch Tageszeitungen, welche die ungeschriebene Journalistenregel der Diskretion oder des „Informationsfilters“ verletzen.⁷

Andererseits ist die Einflussnahme von kantonalen Regierungen auf die Presse meistens gering, jedenfalls zurückhaltend, im Gegensatz zu manchen Wirtschafts-

⁷ z. B. „Blick“ und die neue „TAT“.

verbänden und Privatunternehmen, die zeitweise brutal und gezielt auf Redaktoren Druck auszuüben versuchen.

Die Beziehungen zwischen regionalen Zeitungen und Kantons- oder Gemeindebehörden variieren natürlich von Kanton zu Kanton, sind aber in der Regel (wie wir gesehen haben), eher positiv.⁸ Regierungen und öffentliche Verwaltungsabteilungen sind wichtige Informationsquellen für die Presse, und diese dürfen nicht durch allzu starke Kritik oder profilierte Stellungnahmen in Gefahr gebracht werden. Diese Tatsache erklärt auch, warum viele Zeitungen eher regierungsfreundlich aber eher wirtschaftsfeindlich eingestellt sind, da sie gegen Druck aus der Wirtschaft, sofern er sich nicht konkret im Anzeigenteil auswirkt, weit weniger anfällig sind. Die vielfältigen Beziehungen von Chef- und anderen Redaktoren zu politischen Persönlichkeiten tragen ebenfalls zu einer mehr oder weniger ausgeprägten Zurückhaltung bei. Die leitenden Leute in Zeitungsunternehmen sind zudem bemüht, bewährte, auf keinen Fall jedoch zu kritische Journalisten für die regionale und kantonale Politik anzustellen und zu fördern. Deshalb bildet der Grossteil der Presse politisch einen Integrationsfaktor und übt nicht etwa die Rolle einer „Gegenmacht“ aus, was nicht ausschliesst, dass Abweichungen von der aufgestellten Norm möglich sind. Diese Abweichungen bewegen sich aber im Rahmen der vom Volk und der Leserschaft akzeptierten Kompromisspolitik.

VI. Versachlichung der Politik

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung sind bei den meisten „unabhängigen“ und vor allem bei den grösseren Zeitungsverlegern politische Motivationen nicht vorhanden. Sie interessieren sich mehr für wertneutrale Information und Versachlichung der Politik als für Meinungsäusserungen und Kommentare. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich stark von zahlreichen kleineren Landblättern, deren Information immer noch in einen ideologischen, parteipolitischen oder konfessionellen Rahmen gestellt wird. Die auflageschwachen Lokalzeitungen bilden auch einen dankbareren Kommunikationskanal für die diversen Presseagenturen politischer und privatwirtschaftlicher Natur, hinter denen oft erfahrene Meinungstechniker stehen, die eine bestimmte Interessenpolitik verfolgen. Aus dieser Perspektive wird auch der Ruf der Wirtschaft und von Interessenverbänden nach Erhaltung und Förderung des Pressepluralismus verständlicher.

Parallel zu einer traditionellen Auffassung, dass die Stimmbeteiligung in Kantonen und Gemeinden mit engagierten Lokalzeitungen stärker sei, stossen wir immer wieder auf die Behauptung, dass die sogenannte Informationspresse,

⁸ In einzelnen Kantonen überschreiten zeitweise die normalen Spannungen zwischen der Regierung und der Presse den erträglichen Rahmen, so in Graubünden, wo die Regierung im Jahre 1976 „Richtlinien für die Information der Öffentlichkeit“ erliess, wogegen von der Presse (erfolglos) staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht wurde.

die sich von ideologischen und parteilichen Auseinandersetzungen distanziert, einen negativen Einfluss auf die Stimmbeteiligung ausübe. Diese landläufige Meinung möchten wir mangels gültiger Beweise ernstlich in Frage stellen. Für die Zusammenhänge, die auf diesem Gebiet postuliert werden, fehlt vorläufig jede Grundlage.⁹

VII. Leserinteresse und Einfluss auf das Wahlverhalten

Vom Standpunkt des *Leserinteresses* aus gesehen, zeigen Befragungen von Institutionen und Zeitungen ziemlich eindeutig, dass Weltpolitik einerseits und lokale Belange andererseits mit mehr Interesse und eingehender verfolgt werden als kantonale Politik.¹⁰

Über den *Einfluss* der Presse auf das Wahlverhalten der Bevölkerung werden hin und wieder statistische Angaben und Artikel veröffentlicht. Trotz dem Interesse, das solchen Analysen zukommen mag, müssen wir deren Folgerungen mit grösster Vorsicht aufnehmen. Bei Abstimmungen können wir in der Regel feststellen, dass die meisten Zeitungen, die eine eigene Stellungnahme (meistens erst am Vorabend der Abstimmung) veröffentlichen, sich fortschrittlicher oder zum mindesten weniger konservativ äussern als die abstimmende Bevölkerung.¹¹ Vergleichsanalysen von Stellungnahmen von Zeitungen und dem Entscheid der Bevölkerung lassen auch deshalb keine aussagekräftigen Folgerungen über den Einfluss zu, weil in zahlreichen Gegenden die Mehrzahl der Bürger eher zu negativen oder Status quo-Entscheiden neigen und somit der hypothetische Einfluss der

9 Die Kartellkommission zitierte in ihrem Bericht von 1969 den „Vertreter eines Grosskonzerns“ (den Verlag Ringier), der das Stichwort „Politik der Apolitik“ als zutreffend akzeptierte. Dieses Beispiel diente in der Folge verschiedentlich als Alibi für die sinkende Stimmbeteiligung und als Beweis für die notwendige Subventionierung der Parteipresse. (Siehe auch Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, 2. Auflage, Bern 1977, S. 239). Noch 1977 schrieb der damalige Ständerat und heutige Bundesrat Fritz Honegger (in der 125-jährigen Jubiläumsnummer des freisinnigen „Zürcher Oberländer“, 14. Mai 1977): „Bemerkenswert ist, dass überall dort, wo die politische Presse stark vertreten ist . . . die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen durchschnittlich grösser ist als in den Kantonen, wo Informationsblätter die Presselandschaft beherrschen.“ Er übernahm dabei eine traditionelle Ansicht, die wir u. a. in früheren Referaten und Artikeln finden, so z. B. in der freisinnigen *Politischen Rundschau* Nr. 1–3, 1965: Hans Bachmann, *Presse und Partei*.

10 Die Stadtkantone Baselstadt und Genf bilden hier eine Ausnahme, und Innenpolitik stösst im allgemeinen auf grösseres Interesse in der deutschen als in der welschen Schweiz.

11 Wobei der 1977 veröffentlichte Forschungsbericht von Leonhard Neidhart und Jean-Pierre Hoby über die Ursachen der Stimmapstinenz allerdings feststellte, dass zwei Drittel der regelmässigen Urnengänger der sozialen Oberschicht angehören.

reaktionärsten Zeitung am grössten eingestuft werden müsste. Es leuchtet ein, dass derartige Wechselbeziehungen nicht aufgestellt werden können.

Eine Einflussnahme auf die Meinungsbildung ist damit nicht ausgeschlossen, aber sie scheint sich in der Regel mehr langfristig auszuwirken. Dominierenden Zeitungen mit politisch engagiertem Kurs werden meistens grössere Einflussmöglichkeiten zugeschrieben, was diese Zeitungen bei wichtigen politischen Entschieden oder Abstimmungen oft zu grösserer Zurückhaltung zwingt, um Konflikterscheinungen mit der Leserschaft zu vermeiden.

VIII. Hypothesen, aber wenig Gewissheit

Wir haben versucht, einige Vorurteile in bezug auf die Rolle und den Einfluss der Presse im regionalen und kantonalen Raum durch Fakten, aber auch durch neuere Hypothesen zu entschärfen. Die Literatur darüber ist noch spärlich. Neuere Veröffentlichungen über das Schweizer Pressewesen befassen sich entweder mit historischen Themen¹² oder mit der Pressestruktur in einzelnen Kantonen, beziehungsweise dem Kräfteverhältnis zwischen politischen Parteien und der Presse.¹³ Diese Arbeiten sind alle von grossem Interesse und bringen viel Unbekanntes aus der Schweizer Pressegeschichte ans Licht; ihr Untersuchungsgebiet ist jedoch zeitlich oder geographisch beschränkt. Zur besseren Kenntnis haben auch einige Zeitungen selber durch die Veröffentlichung eingehender Monographien beigetragen.¹⁴ Über die tatsächliche Rolle der Presse auf dem Gebiete der kantonalen Politik erschienen bis heute aber nur vereinzelte Zeitungsartikel, entweder im Zusammenhang mit Wahlen oder wichtigen Abstimmungen, seit einigen Jahren auch im Rahmen der Presseförderungsdiskussion. Die „alternative“ Presse veröffentlicht von Zeit zu Zeit kritische Presseanalysen, beispielsweise bei Enthüllungen von politischen oder Finanzskandalen; sie liefern dabei manchmal interessantes Hintergrundmaterial, das jedoch aus der ideologischen oder polemischen Verpackung herausgenommen und verarbeitet werden müsste.

12 z. B. Regula Renschler, *Die Linkspresse Zürichs im 19. Jahrhundert*, Zürich 1967; Georg Kreis, *Zensur und Selbstzensur: Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld 1973; Jacques Meurant, *La presse et l'opinion de la Suisse romande face à l'Europe en guerre 1939–1941*, Neuchâtel 1976.

13 Siehe Fussnote 4.

14 So z. B. der Verlag der Neuen Zürcher Zeitung, mit dem monumentalen Werk von Leo Weisz, *Persönlichkeit und Zeitung*, in drei Bänden (1961, 1962 und 1965); oder der Verlag Saint-Paul anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Freiburger Tageszeitung: *„La Liberté“ en son premier siècle*, Fribourg 1975; abgesehen von weiteren Veröffentlichungen anderer Zeitungen, meistens in Broschürenform und als Jubiläumsausgaben konzipiert, die zum Teil Werbecharakter aufweisen, aber trotzdem für den Spezialisten des Schweizer Pressewesens von Interesse sind.

Wir befinden uns also hier auf einem grossen Baugelände, wo einige bescheidene Baracken stehen, nützliches Baumaterial herumliegt, aber die Mittel – oder vielleicht das Interesse? – für die Konstruktion fehlen.

In ihrem Bericht für die Revision von Artikel 55 der Bundesverfassung (Presseartikel)¹⁵ hat die Expertenkommission Vorschläge zur Förderung der Forschung im Pressewesen gemacht. Dazu gehört selbstverständlich ein ausgebautes Dokumentationszentrum.¹⁶ Es wäre nicht nur wünschenswert, sondern notwendig, dass der Bundesrat und das Parlament sich bald mit diesen Vorschlägen befassen würden. Bei allzu langem Warten laufen wir Gefahr, dass viel Informationsmaterial verloren geht. Die Presselandschaft verändert sich heute schnell, und Dokumentationsmaterial wird nur sporadisch und unsystematisch gesammelt.

Dieser Zweig der politischen Wissenschaft sollte nicht mehr lange vernachlässigt werden.

15 *Presserecht – Presseförderung*, Bern 1975.

16 Vgl. *Presserecht – Presseförderung*, S. 109.